

Dr. Martina Bunge bei ISOR

Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer

Am 30. Juni dieses Jahres war Martina Bunge Gast der Berliner TIG. Im „Theater am Park“ in Berlin-Marzahn referierte sie vor ca. 150 Funktionären und Mitgliedern zu aktuellen Problemen der Rentenpolitik.

Wie gewohnt, überzeugte sie durch ihre Kompetenz, gegründet auf mehr als 26 Jahre intensiver Beschäftigung mit Rentenfragen. Seit 1990 war sie maßgeblich an der Konzipierung der Rentenpolitik der PDS/Partei DIE LINKE beteiligt, war Ministerin im Land Mecklenburg-Vorpommern, Bundestagsabgeordnete und berät noch heute die Linksfraktion im Bundestag in diesen Angelegenheiten.

Unbestreitbar war es immer wieder die PDS/DIE LINKE, die Probleme der Rentner und der Altersarmut auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt und in die Öffentlichkeit getragen hat. Es ist vor allem ihr Verdienst, dass heute die wachsende Altersarmut nicht mehr gelehnet wird. Laut einer Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung lag die Armutsrisikoquote in der Bundesrepublik vor 20 Jahren bei 11,1 Prozent, kurz nach der Jahrtausendwende lag sie schon bei 12,2 Prozent und 2012 bei 14,2 Prozent. Laut Statistischem Bundesamt galten 2014 in Deutschland 16,5 Prozent der unter Sechsjährigen und 16,7 Prozent der Rentner als arm. Besonders hoch ist die Quote bei Alleinerziehenden, hier sind 41,9 Prozent arm. (Vgl. ND vom 07.07.2016)

Martina Bunge erläuterte, wie durch eingeführte Kürzungsfaktoren das Rentenniveau kontinuierlich abgesenkt wurde und wird. Der sogenannte Nachholfaktor kompensiert Jahre negativen Lohnwachstums und der demografische Faktor soll der älter werdenden Bevölkerung entsprechen. Hinzu kommen Abschläge für früheren Rentenbeginn. Wer künftig in Rente geht, müsste 45 Jahre lang einen Mindestlohn von 11,50 Euro pro Stunde beziehen, um eine Rente über der Grundsicherung zu erhalten.

Was kaum bemerkt wird: die Kürzungsfaktoren mindern auch die Rentenzuwächse der Bestandsrentner.

Sie betonte, wie wichtig es ist, die gesetzliche Rente zu verteidigen, die auf dem Umlageverfahren beruht und sich selbst in Zeiten schwerer Krisen bewährt hat. Dabei kommen die heutigen Beitragszahler für die Rentner auf. Eine Erweiterung des Kreises der Beitragszahler würde die

gesetzliche Rente deutlich stärken. Das scheidet aber – wie sie auf Nachfrage erklärte – an den egoistischen Interessen privilegierter Empfänger von Altersbezügen (Beamte, Angehörige berufständischer Versorgungssysteme, wie Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten u.a.) Ohnehin könnte die Einbeziehung solcher Personengruppen in die gesetzliche Rentenversicherung nur etappenweise über längere Zeiträume umgesetzt werden. 1957 war in der alten BRD einmal festgelegt worden, dass ein Drittel der Mittel der Rentenversicherung vom Bundeshaushalt aufgebracht wird. Von einer solchen Quote ist man heute weit entfernt.

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Überprüfung der Rentenangleichung Ost an West zum 1. Juli 2016 steht noch aus.

Dabei wird die Höherwertung der ostdeutschen Renten immer wieder diskutiert. Ziel der Höherwertung, die exakt „Umrechnung“ heißt, ist es, Personen in Ost und West mit vergleichbaren Erwerbsbiografien eine analoge Alterssicherung zu gewährleisten. Durch die niedrigeren Rentenwerte Ost bekommt der Ostrentner am Ende aber trotzdem eine deutlich niedrigere Rente als der vergleichbare Westrentner. Wer die alljährliche Hochwertung der Osteinkommen abschaffen will, müsste konsequenterweise für eine Lohnangleichung eintreten. Das Lohnniveau im Osten ist aber weiter erschreckend niedrig. Das schlechteste der Alt-Bundesländer (Schleswig-Holstein) lag 2014 mit 27.836 Euro immer noch deutlich vor dem „besten“ der neuen Bundesländer (Thüringen) mit 26.084 Euro.

Martina Bunge verwies darauf, dass mit der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in die westdeutsche Rentenversicherung ein Großteil von Rentenansprüchen liquidiert wurde. Während in der DDR das Verhältnis einer Mindest- zur Höchstrente bei 1:4 lag, ist in der BRD das Verhältnis der niedrigsten zu den höchsten Altersbezügen 1:50.

Es bestehe die Gefahr, dass mit dem angedachten sogenannten Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz alle noch bestehenden Rentenberechtigungen (Krankenschwestern, geschiedene Frauen, technische Intelligenz, Professoren, Balletttänzer, Werk tätige in der Braunkohleveredelung u.a.) eliminiert werden sollen. Manchmal betrifft das nur mehrere Hundert oder Tausend Personen. Respekt müsse man auch

für die Forderungen ehemals republikflüchtiger DDR-Bürger aufbringen, die zunächst auf der Basis des Fremdrentengesetzes wie BRD-Bürger behandelt wurden, nun aber erhebliche Einbußen hinnehmen müssen, da sie in der Rentenberechnung wieder zu ehemaligen DDR-Bürgern wurden und aus verschiedenen Gründen oft niedrige Anwartschaften hatten.

Als einmalig bezeichnete Martina Bunge den willkürlichen Eingriff in die Rentenformel bei ehemaligen MfS-Mitarbeitern und einer Gruppe von Partei- und Staatsfunktionären. Die letzte Volkskammer hatte in einer hysterischen Atmosphäre, als Fußböden in Kellern von MfS-Dienstgebäuden aufgehackt wurden, weil darunter Folterkammern vermutet wurden, die Rente für MfS-Angehörige auf 990,- DM festgesetzt. Das entsprach mehr als dem Doppelten der Mindestrente in der DDR. Die Berufung auf den Willen der letzten Volkskammer der DDR ist also konstruiert und wahrheitswidrig.

Hohe Wertschätzung zollte Martina Bunge dem verfassungsrechtlichen Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten. Dessen solide Argumentation berechtigt zu begründetem Optimismus hinsichtlich der ausstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum § 7 AAÜG. Eine solche Entscheidung hätte auch Signalwirkung für die Lösung der anderen noch offenen Rentenprobleme.

Wenn der Bundestag – wahrscheinlich erst nach der nächsten Bundestagswahl 2017 – bei einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ein darauf aufbauendes neues Gesetz diskutieren und verabschieden muss, ist es – so Martina Bunge – von äußerster Wichtigkeit, dass daran eine möglichst starke Fraktion der Partei DIE LINKE mitwirken kann.

Wenn Martina Bunge am Ende ihrer Ausführungen darauf verwies: „Was lange währt, wird gut!“, so teilen wir ihren Optimismus, auch wenn wir uns manches etwas schneller wünschten.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Die Mitglieder des Vorstandes schätzten den bisherigen Verlauf der Veranstaltungen anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung unseres Vereins als erfolgreich ein. Auch die weiteren Veranstaltungen aus gleichem Anlass im zweiten Halbjahr 2016 werden durch die Teilnahme von Vorstandsmitgliedern und die zentrale Übernahme eines Teils der Kosten unterstützt.

*

Durch Herbert Kranz wurde eine Information über den Stand der gemeinsamen Tätigkeit von ISOR und GRH zur Betreuungsarbeit vorgelegt, die der Vorstand bestätigte.

*

Der Vorstand beschloss, die für den 8. Oktober in Berlin geplante bundesweite Antikriegsdemonstration aktiv zu unterstützen.

*

Der Vorstand beriet und beschloss seinen Arbeitsplan für das zweite Halbjahr 2016.

*

Alarm ! Der Friede ist in Gefahr

Das ist die Überschrift des Leitartikels der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „RotFuchs“.

In ihm warnt der Vorsitzende des Vereins Rotfuchs e.V., Dr. Arnold Schölzel, vor der immer aggressiveren Rolle der NATO gegenüber Russland. Damit steht er nicht allein. Hier sei an unseren gemeinsam mit dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen e.V. initiierten Aufruf „Soldaten für den Frieden“ vom Mai des vergangenen Jahres, an die Ostermärsche der Friedensbewegung in diesem Jahr und den Beschluss des Parteitag der LINKEN „Frieden mit Russland-Verständigung in Europa - Nein zu Faschismus und Krieg“ erinnert. Die Bundesrepublik Deutschland ist in die Entwicklung der zunehmenden Konfrontation fest eingebunden und mitbestimmend. Der ursprünglich im NATO-Vertrag postulierte Auftrag der Verteidigung der Mitgliedstaaten vor militärischen Angriffen, der mit der Auflösung des Warschauer Vertrages seinen Sinn verlor, wurde ins völlige Gegenteil verkehrt. Die im Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE vom 02.06.2016, „Die NATO durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands ersetzen“ (Drucksache 18/8656), getroffene Einschätzung, die hier nicht ausführlicher behandelt werden kann, und die sieben Schlussfolgerungen für die Bundesregierung, entsprechen den Forderungen des Grundgesetzes unserer Republik und der Zeit.

Dieser Antrag, der von der gesamten Fraktion getragen wurde, erzwang im Vorfeld der Warschauer NATO-Ratstagung vom 8./9. 7.2016 eine Bundestagsdebatte.

Wenn auch in dieser Debatte erwartungsgemäß weder in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, noch in den Diskussionsbeiträgen der anderen Fraktionen realistische Einschätzungen der Lage erfolgten und Veränderungen in der Haltung zur Konfrontations- und Aufrüstungspolitik zu erkennen waren, so wurde doch deutlich, dass allein auf parlamentarischem Weg keine Veränderungen zu erreichen sind. Wenn ein großer Teil der Bundesbürger (lt. Pew Research Center v.10.06 2015) mit der NATO-Politik nicht mehr einverstanden ist, dann ist es an der Zeit, in außerparlamentarischen Aktionen seinen Standpunkt darzulegen. Dem trägt die Friedensbewegung durch unterschiedliche Aktionen Rechnung. Die „Friedenskoordination Berlin“ veranstaltete am 09.07. auf dem Breitscheidplatz in Berlin einen „Antikriegsmarkt. Der sonst immer am 1. September, dem Weltfriedenstag, stattfindende Markt wurde anlässlich der NATO-Ratstagung vorverlegt.

Für Nichtberliner:

Dieser Platz liegt inmitten der alten City - West in der Nähe des Zoologischen Gartens, wird durch die Ruine der „Kaiser - Wilhelm – Gedächtniskirche“ geprägt und ist ein Touristenzentrum.

An dem Markt beteiligte sich ein buntes Spektrum von Organisationen, Vereinen und Parteien, das sich von der Berliner Schülervertretung, den Freidenkern, über den Friedensrat-

schlag, DGB, GEW, Die LINKE, DKP, KPD und viele andere erstreckte, die dort ihre Auffassungen zur Kriegsgefahr, der Rolle der NATO und der Bundesregierung und erforderliche Veränderungen vertraten.

In einem vielseitigen Programm hatten die Vertreter der einzelnen Gruppen die Möglichkeit, ihre Auffassungen darzulegen.

Unser Verein belegte gemeinsam mit dem Traditionsverband einen Stand, an dem wir über den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ und den Zusammenhang von unseren sozialen Forderungen, der Sicherung des Friedens und Abwehr der Kriegsgefahr diskutierten.

Wenn auch eine stärkere Beteiligung erfreulich gewesen wäre, so kann doch festgestellt werden, dass wir akzeptiert und geachtet wurden und der Aufruf wegen seiner Aktualität und Einmaligkeit Interesse in der Öffentlichkeit erregte und Gegenstand von Gesprächen war.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass unsere Mitarbeit und unser Engagement erwartet wird und notwendig ist. Darum schließt sich unser Verein auch dem Aufruf unterschiedlicher Initiativen der bundesdeutschen Friedensbewegung zu einer Großdemonstration in Berlin am 8.Oktober dieses Jahres an.

Alle Mitglieder unseres Vereins, die gesundheitlich dazu in der Lage sind, sollten mit ihren örtlichen Friedensinitiativen beraten, um Möglichkeiten der Teilnahme an dieser Demonstration zu finden.

Hans-Joachim Friedrich

Wortlaut des Aufrufs zur bundesweiten Demonstration siehe Seite 8

Zwischenruf

Das Weißbuch der Bundeswehr hat offenbar auch die Funktion, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik weiszumachen, dass die dort verkündete Militärpolitik in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz stehe. w.k.



Am 4. Juni beging die TIG Berlin-Köpenick ihre dem 25. Jahrestag der ISOR gewidmete Versammlung. Unser Redner, Prof. Dr. Horst Bischoff stellte seine Ausführungen unter den Titel „25 Jahre ISOR – 25 Jahre Kampf um Rentengerechtigkeit“. In bewegenden Worten erinnerte er an die vielen Schwierigkeiten

und Hindernisse, die erfolgreich überwunden wurden, aber auch daran, dass dieser Weg von Ausgrenzung, Anfeindung und Diffamierung begleitet war. Das aber sei zugleich Anlass, Mut und Umsicht der Gründer unserer Organisation und landesweit ihre Funktionsträger bis in die TIG zu würdigen.

Nicht alle Organisationen, sagte der Redner, schafften den Gang bis zum Bundesverfassungsgericht. Viele mussten sich mit rechtskräftigen Urteilen abfinden oder hoffen auf politische Entscheidungen. Von allen Betroffenen hat sich ISOR bisher am meisten effektiv, konsequent und hartnäckig zur Wehr gesetzt und ist damit zum Hoffnungsträger auch für Andere geworden.

Trotz vielfacher politischer Aktivitäten, darunter Schreiben und Petitionen an den Bundestag, blieben positive Reaktionen aus, so dass die Einsicht Oberhand gewann, dass nur die gericht-

liche Auseinandersetzung bis zum BVerfG möglich ist. Da stehen wir jetzt. Nervendes Warten, enttäuschte Hoffnungen, die auch ein zu erwartendes Urteil „in absehbarer Zeit“ nicht ändern konnte, strapaziert die Geduld selbst optimistisch Denkender.

Nein, wir geben nicht auf und bauen darauf, dass unsere Anwälte Bleiberg und Dr. Helmers alle denkbaren Möglichkeiten und Schritte weiter unbeirrt im Auge behalten. Das war auch der einhellige Standpunkt der Veranstaltungsteilnehmer, wie er auch in der Diskussion zum Ausdruck kam.

Wir vergessen nicht, dass wir in der Person von Dr. Martina Bunge eine Vertreterin der Partei DIE LINKE an unserer Seite wissen, die uns von Anbeginn zur Seite stand. Ich habe mich gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern darüber besonders gefreut, dass diese Zuversicht in der lebhaften und ungezwungenen Aussprache zum Tragen kam.

So betonte zum Beispiel unser Gast von der GBM Köpenick, Harald Nestler, dass endlich das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt durch die Bundesregierung unterzeichnet werden müsse. Dadurch wäre es möglich, die deutsche Rechtsprechung im Lichte kritischer Hinweise von UNO-Gremien zu beeinflussen, so dass Verstöße gegen Menschenrechte, wie sie sich auch im Rentenstrafrecht zeigen, von Personen und Organisationen angeprangert werden könnten.

Karl-Heinz Wunderlich, Sprecher vom sozialen Arbeitskreis Treptow/Köpenick, der als Basisgruppenleiter auch eine unserer mitgliederstärksten Gruppen betreut, appellierte an alle Freunde, die Wahl der Seniorenvertreter aktiv zu unterstützen und dort die Stimme zu erheben.

Konstantin Brandt (GRH Köpenick) warb für eine offensive Erinnerungsarbeit unter Hinweis auf die Buchbände „Unbequeme Zeitzeugen“ und die Monatsschrift „RotFuchs“ als Helfer für Objektivität und theoretische Grundlagen unserer Weltanschauung.

Während Liddy Lässig in ihrem Diskussionsbeitrag über ihre Verbindungen zum Seniorenzentrum berichtete und dabei besonders als Vorsitzende des Heimrates Kontakt zu dortigen ISOR-Freunden unterhält, legte Walter Engelhardt, ein ehemaliger VP-Angehöriger, sein Motiv für seine monatliche Extra-Spende dar: „ISOR hat für uns alle gekämpft. Jetzt möchte ich vom Ergebnis etwas zurückgeben. Meine Kinder begrüßen diesen Schritt.“

Peter Speck, Landesbeauftragter und Schatzmeister, dankte schließlich allen Kassierern, Gruppenbetreuern und den Vorständen der TIG für ihre langjährige vorbildliche Arbeit.

Und während zu Beginn der Versammlung der Verstorbenen in einer Schweigeminute gedacht wurde, unterstrich der Schlussbeifall den ungebrochenen Willen, weiter für Rentengerechtigkeit zu kämpfen.

Klaus Buchner

Der Vorstand der **TIG Chemnitz** beschäftigte sich auf der Grundlage der Satzung unseres Vereins und der von Horst Parton auf der Vertreterversammlung 2013 getroffenen Feststellung, „Wir werden uns bemühen, mit der Partei DIE LINKE auch weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten“, verstärkt mit Aufgaben und Maßnahmen zur Unterstützung linker Politik der LINKEN-Fraktion im Landtag Sachsens und der Stadt Chemnitz.



Die dazu erforderliche konzeptionelle Arbeit fand nicht sofort und nicht bei allen Freunden volle Zustimmung. Das wurde u.a. damit begründet, dass die politischen Inhalte der LINKEN, bzw. von Abgeordneten und Funktionären der Partei in einer Reihe von Fragen nicht mitgetragen werden können. Das betrifft z.B. die Beurteilung der Geschichte der DDR, ihrer Schutz- und Sicherheitsorgane und andere Haltungen zu gesellschaftlich aktuellen Fragen.

Schließlich verständigten wir uns, dass es nicht unser Anliegen ist, über die Politiker der LINKEN, sondern mit ihnen konstruktiv zu konkreten Sachthemen zu reden.

Gemeinsam mit den Ortsverbänden von GRH und GBM haben wir erste Gespräche mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und gleichzeitig des Landesverbandes Sachsen der LINKEN, Genossen Gebhardt, geführt. Dieser erklärte, an einer Zusammenarbeit mit unseren Verbänden sehr interessiert zu sein und das zur „Chefsache“ machen zu wollen. Wichtig für uns war und ist seine bekundete vorbehaltlose Position zu ISOR.

Als Ergebnis der Gespräche wurde der gemeinsame Wunsch zur Unterstützung linker Politik hinsichtlich konkreter Schwerpunkte zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit der LINKEN herausgestellt und vorge schlagen. Diese betreffen die Sicherung des Friedens, Fragen der Sozialpolitik und Menschenrechte, Abwehr von Geschichtsverfälschungen bei der Beurteilung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten, Auftreten gegen rechte Bewegungen, Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Informationsbeziehungen zwischen der Fraktion und uns, z.B. über Vorhaben der Fraktion, die wir unterstützen können.

Genosse Gebhardt befürwortete diese Initiative, während Landtagsabgeordnete der LINKEN aus Chemnitz sich an Kontakten und gegenseitiger Unterstützung interessiert zeigten. So stellten wir im Stadtrat vor der Fraktion der Partei unseren Verein vor und schufen die Voraussetzungen, uns stärker auf kommunaler Ebene in das gesellschaftspolitische Leben einzubringen. Mit den Vorschlägen und Ideen unserer Mitglieder unterlegt, konnten wir dadurch das Ansehen unserer TIG auf vielen Gebieten stärken.

Peter Eichler

Darauf hatten sich alle Genossinnen und Genossen unserer **TIG Halle** gefreut, als wir sie anlässlich des 25. Gründungsjubiläums von ISOR mit ihren Partnern und Partnerinnen für den 29. Juni in die Gaststätte „Zum Mohr“ eingeladen hatten. Etlichen von ihnen war es sichtbar schwer gefallen, da sie gesundheitlich „angeschlagen“ sind, Gehhilfen bzw. einer „führenden“ Hand bedurften. Doch das war es allemal wert.

Unser Vereinsvorsitzender, Genosse Horst Parton, würdigte in seiner Rede die in den zurückliegenden Jahren erreichten Erfolge unseres Kampfes um Rentengerechtigkeit. Diese basieren aber nicht auf politischen Einsichten der Herrschenden hier im Lande, und auch nicht auf dem seit Bismarck geltenden Prinzip der Wertneutralität des Rentenrechts. Es waren immer und immer wieder die positiven Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zu unseren Verfassungsbeschwerden, die den Ausschlag dafür gaben. Und so wie in den vergangenen 25 Jahren, das besagen die Erfahrungen seit der Einverleibung unserer Heimat DDR in die Bundesrepublik, werden wir weiterhin „Justitia“ in Anspruch nehmen. Auch auf die Verbundenheit und Solidarität der mit uns verbundenen Parteien, Verbänden und Vereinen, wie der GRH, dem RotFuchs Förderverein Halle, der GBM, dem „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“ und der PDL, können wir weiterhin rechnen. Das versicherten uns deren eingeladene Vertreter in ihren Grußworten.

Die Zeit seit der Gründung unseres Vereins am 6. Juni 1991 ist, auch trotz erlebter Niederlagen, vor allem Beleg dafür, dass unser Kampf notwendig war, notwendig ist und auch in Zukunft notwendig bleiben wird. Unbestritten ist: Auch wenn wir noch nicht alle unsere Ziele erreicht haben, ohne ISOR wären die sozialen Ungerechtigkeiten und daraus resultierende Folgen für viele unserer Mitglieder und darüber hinaus noch spürbarer. Es ist nun einmal so im Leben: Wer kämpft kann verlieren - doch wer nicht kämpft hat schon verloren. „So lange wir kein abschließendes Urteil haben, so lange haben wir nicht verloren“, hob Genosse Horst Parton hervor.

Wir werden also weiterhin, auf der Basis des Grundgesetzes der BRD, unseren Kampf fortsetzen. Auch dann, wenn das Bundesverfassungsgericht wider Erwarten eine negative Entscheidung in unseren Verfahren treffen sollte. Dann wird im Ergebnis einer Mitgliederbefragung und in solidarischer Beratung und Abstimmung mit den uns befreundeten Sozialverbänden und Initiativen entschieden, was weiterhin erfolgen wird.

Mit herzlichem Beifall wurden die Genossinnen und Genossen bedacht, die vor Abschluss der Veranstaltung für ihre langjährige und engagierte Arbeit mit einer Ehrenurkunde unseres Vereins geehrt wurden.

Alle Anwesenden waren sehr zufrieden darüber, dass unser Vorsitzender umfassend über den aktuellen Stand unseres Kampfes und wie es weitergehen soll informierte. Sie äußerten auch den Wunsch zu prüfen, solche oder ähnliche Mitgliedertreffen auch außerhalb aktueller Anlässe zu organisieren. Das wird bestimmt zu machen sein, wir sind doch füreinander da.

Klaus-Peter Breinig
*

Um es vorweg zu sagen: Die gut besuchte festliche Veranstaltung der **TIG Schwerin** anlässlich des 25-jährigen Bestehens von ISOR am 21. Juni 2016 gehört zu den besten Versammlungen, an denen ich in meinen 24 Jahren Mitgliedschaft teilgenommen habe. Inhaltlich und organisatorisch war es einfach eine rundherum gelungene Sache.

Der Landesbeauftragte Manfred Jonischkies eröffnete die Veranstaltung und begrüßte besonders herzlich die Schweriner Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, des Vereins zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen und von RotFuchs, die als unsere Verbündeten im Kampf um Rentengerechtigkeit fest an unserer Seite stehen. Danach legten die Anwesenden eine Gedenkminute für die in den letzten Monaten verstorbenen namentlich genannten Mitglieder unserer TIG ein. Unser Vorsitzender Lothar Vogt hob in seinen Ausführungen hervor, dass wir uns gegenwärtig mit der beim Bundesverfassungsgericht vorliegenden Klage gegen noch in Teilen bestehendes Rentenstrafrecht als größte Herausforderung in der Geschichte von ISOR befinden. Unser juristisches Vorgehen sei fraglos auch ein bedeutender Beitrag zur Verteidigung des Rechtsstaats und der Wahrung und Unverletzlichkeit der Wertneutralität des Rentenrechts seit Bismarck. Er dankte allen aktiven Mitgliedern für ihre Treue und den befreundeten Vereinen und Verbänden für ihre solidarische Unterstützung unseres Kampfes. Von Optimismus durchdrungen geben wir in unserem gerechten gemeinsamen Kampf nicht auf. Danach ergriff Siegfried Felgner, Mitbegründer von ISOR in Schwerin, langjäh-

riger Landesbeauftragter und Ehrenmitglied des Vereins, das Wort. Sehr emotional schilderte er die Geburtsstunde und den Werdegang von ISOR in Schwerin. Als sich 1991 die Angriffe auf die Sozialsysteme, insbesondere aber auf die Sondersversorgungssysteme der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten



Organe der DDR, zunehmend verstärkten, wurde ihm bewusst, dass man sich gegen diese verhängnisvolle Entwicklung wehren muss. Erste Informationen aus Berlin besagten, dass sich dort bereits Aktivisten der ersten Stunde organisiert hatten. Die Suche nach Mitstreitern in Schwerin begann. Bemerkenswert dabei, dass der erste Partner der Leiter des ehemaligen Transportpolizeiamts Schwerin Oberst der VP Erich Kupsch war. Schnell hatte man etwa 30 Mitstreiter gefunden, und bereits im Juli 1991 hatte sich der erste TIG-Vorstand konstituiert. Damit war ISOR in Schwerin geboren. Aber nun begann ein schwieriger Weg in der Auseinandersetzung mit den politisch Herrschenden, die in ISOR eine Gefahr für die Bundesrepublik sahen und alles unternahm, um uns zu diskreditieren.

Erst nachdem das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg einer Aufnahme ins Vereinsregister zugestimmt hatte, konnte sich unser Verein Stück für Stück aus der Schmutzdecke befreien. Das beweist auch, dass es Siegfried Felgner als Landesbeauftragten zunehmend gelang, zum Sozialministerium der Landesregierung und Politikern der Parteien Kontakte auf- und auszubauen. Auch dass Carmen Weinkauf und der Güstrower TIG-Vorsitzende Walter Krüger Mitglieder im Altenparlament von Mecklenburg-Vorpommern sind, ist doch Beweis für zunehmende Akzeptanz. Und die Tatsache, dass der zuständige Senat des Bundesverfassungsgerichts unsere aktuelle Klage bisher nicht als unbegründet oder unzulässig zu den Akten gelegt hat, zeigt, dass sich die Richterinnen und Richter ernsthaft mit der Problematik des § 7 AAÜG befassen. Unabhängig vom politischen Willen der Herrschenden sollten wir, von Optimismus getragen, auf ein gerechtes Urteil in Karlsruhe hoffen. Ich meine, damit könnte auch der verloren gegangene Glaube vieler noch vom Rentenstrafrecht Betroffener an den Rechtsstaat wiederkehren. Nachdem die

Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und des Traditionsverbands ihre Grüße und Glückwünsche, verbunden mit dem Versprechen, weiterhin solidarisch an der Seite von ISOR zu stehen, übermittelt hatten, wurden 14 TIG-Mitglieder als Aktivisten der ersten Stunde bzw. für ihr ständiges aktives Handeln geehrt. Vier von ihnen erhielten die Ehrenurkunde des ISOR-Vorstands und ein Buchpräsent mit einer Urkunde.

Wir waren gerade dabei, uns Kuchen und Kaffee schmecken zu lassen, als überraschend die Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, Partei DIE LINKE, den Saal betrat. In einer kurzen Darlegung erklärte sie ihre Verbundenheit mit uns, was ihr schon oftmals Missbilligung ihrer politischen Gegner eingebracht hat. Für den weiteren Kampf wünschte sie uns Erfolg.

Stimmungsvoll endete der Nachmittag, denn Bauer Korl, mit bürgerlichem Namen Jörg Klinohr, Diplompsychologe und erfolgreicher Unternehmer, betrat den Saal. Er legte eine halbe Stunde in seiner originellen Sprache den Finger in die Wunden von gesellschaftlichen Misständen und Ungereimtheiten. Entspannt und voller Optimismus traten wir den Heimweg an.

Dieter Dethloff
*

Fünfzig Mitglieder und Gäste der **TIG Weißenfels** gedachten in feierlicher Runde des 25. Jahrestages des Bestehens der ISOR. Wir, der Hauptmann der NVA Olaf Daniel und ich, Bernd Reitzenstein, FDJ Funktionär und später Mitarbeiter der Bezirksleitung Halle der SED, waren die „Neuen“ in dieser beeindruckenden Runde.

Seit dem Untergang der DDR waren wir auf der Suche, wo wir uns für das Ideal von einer gerechten Gesellschaft einbringen können. Es war schon eine bittere Erfahrung in der Wendezeit, aus der sozialen Sicherheit und Geborgenheit der DDR in eine Gesellschaft hinein gestoßen zu werden, die kein „andres Band zwischen Mensch und Mensch ... als die gefühllose bare Zahlung“ gelassen hat (Manifest der Kommunistischen Partei). Für uns war es vor 1989 nahezu undenkbar, dass wir diese Marxsche These von 1848 einmal im eigenen Erleben verspüren würden. Schwer erträglich, jetzt in einer Gesellschaft leben zu müssen, in der alle Beziehungen vom Kosten-Nutzen-Denken bestimmt werden. Schulbildung ist zu teuer, „Alte“ sind zu teuer, Kranke sind zu teuer und was alles sonst noch. Die Arbeit als Bedürfnis befriedigende Tätigkeit hat ihren Sinn verloren. Nur der Profit zählt noch. Der Mensch wird dem Arbeitsprozess angepasst. Er wird „bloßes Zubehör der Maschine“ (Manifest der Kommunistischen Partei). Wer funktioniert, wer durch seine „Arbeit das Kapital vermehrt“, hat in der BRD scheinbar seine

Chancen. Das alles haben wir zu DDR- Zeiten in der Schule besprochen, oft aber nicht immer verstanden. Es sind jetzt diese Dinge, die uns bewegen und die wir gern ändern möchten. Es ist schon bedrückend, in so einer unsolidarischen und ungerechten Gesellschaft leben zu müssen.

Deshalb empfanden wir in der Feierstunde die Rede von Professor Dr. Bischoff als sehr wohltuend. Vor allem seine Sachlichkeit und das Kämpferische taten uns gut. Es ist gut, dass es solche Menschen gibt, die sich für die Verwirklichung ihrer ideale mit Konsequenz und sehr viel Klugheit einsetzen. Wir machten eine Erfahrung, die wir lange vermisst hatten. Und die lange vermisste Anrede „Genossen“ hatte für uns einen wohltuenden Klang. Dabei ging es nicht nur um die Abschaffung der Strafrenten. Auch die zeitpolitischen Probleme wurden angesprochen. Vor allem kein Sektierertum, auch wenn es bei den Linken einige Dinge gibt, die nur schwer nachzuvollziehen sind. Wir denken dabei besonders an deren allmähliche Aufweichung ihrer Haltung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Das besonders auch deshalb, weil die NVA die einzige deutsche Armee in der deutschen Geschichte ist, die niemals einen Krieg führte.

Noch etwas: Karl Marx war in seiner Zeit Rechtsanwalt, Advokat, wie man damals sagte. Er hätte in seiner Zeit ein gutbürgerliches, möglicherweise auch sorgenfreies Leben führen können, wenn er sich den damaligen Umständen angepasst hätte. Er blieb aber seinen Idealen treu und entschied sich für die Rechtlosen und Ausgebeuteten, für die Herbeiführung einer solidarischen Gesellschaft. Auch heute muss sich jeder entscheiden: für Raffgier und Unrecht oder für Solidarität und Recht.

Deshalb waren wir nach dieser Feierstunde der Meinung, dass wir hier richtig seien. Hier gehören wir hin. Hier wollen wir mitwirken.

Bernd Reitzenstein

Aus der Postmappe

25 Jahre voller Leidenschaft und Verstand: Wie schon im Beitrag von Wolfgang Kroschel richtig und deutlich gesagt: „Die Zeit hinterlässt Spuren.“ Nicht nur seit ISOR gegründet wurde sind nun 25 Jahre vergangen, auch haben sich die Zeiten wieder zu einem Kalten Krieg entwickelt.

Die Eliten des Westens, besonders die NATO, wollen durch Kriegstreiberei und Sanktionen Russland in die Knie zwingen. Nun merkt auch ein Herr Gorbatschow, dass er von seinen „Freunden“ im Westen über den Tisch gezogen wurde. Eine späte Einsicht.

Ja, wer kann schon friedlich sein, wenn ständig an Russlands Grenzen mit den Sä-

beln gerasselt und Manöver durchgeführt werden. Und was wurde Herrn Gorbatschow nicht alles versprochen. Die NATO bleibt an Deutschlands Grenzen. Ein Witz? Die NATO steht zurzeit an Russlands Grenzen.

Wir, die ältere Generation, kennen ja die Lügen und Provokationen vom Kalten Krieg gegen unsere DDR. Doch wir haben eines erreicht und können es mit Stolz sagen: Wir hatten 40 Jahre Frieden! Dafür haben wir gekämpft, aber leider versagt. Denn verloren haben wir nicht. Wie wurde gesagt: Nicht aufgeben, das sind wir auch denen schuldig, die das Ende unseres Kampfes nicht mehr erleben können.

Unser kleines Mitteilungsblatt „Isor“ gratuliert mit Recht seinen Jubilaren. Darüber freue ich mich besonders, denn oft finde ich darunter viele Mitstreiter vom Wachbataillon Berlin und Halle von 1952 bis 56, die mit mir beim Dienst zur Sicherung des Friedens an meiner Seite standen. Bis zu meinem Renteneintritt war ich bei der DVP im Bezirk Halle.

Doch auch die letzte Seite unseres Blattes ist notwendig, denn man erfährt, wer den Kampf um ein friedliches Land nicht mehr fortsetzen konnte. Es ist traurig, aber wahr.

Ich freue mich darüber, dass unser 86jähriger Mitstreiter Herbert Berger, ein alter Dessauer, unser ISOR- Mitteilungsblatt allen Lesern – im Sommer mit dem Fahrrad und im Winter mit dem Pkw – in die Hände drückt. Weiter so, lieber Herbert, bis zur Mitte jeden Monats!

Martin Händler, Dessau

*

Reise nach Minsk – ein Besuch bei Freunden

Am 3. Juli begeht die Republik Belarus ihren Tag der Unabhängigkeit. Auch in diesem Jahr war das für Mitglieder von GBM, GRH, ISOR und Sympathisanten Anlass, der Hauptstadt Minsk einen Besuch abzustatten und an den Feierlichkeiten teilzunehmen.

Veranstalter der mit Unterstützung der Botschaft der Republik Belarus langfristig organisierten Reise war der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen der GBM mit Gisbert Graff als bestens vorbereitetem und auf neue Situationen sofort reagierendem Reiseleiter.

Die aktuelle Konfrontation zwischen der NATO und Russland hatte Präsident Lukaschenka veranlasst, den Tag der Unabhängigkeit mit einer großen Militärparade einschließlich einer Flugschau zu begehen, um damit die langjährige enge Verbundenheit zwischen der Republik Belarus und Russland zu dokumentieren. Wir hatten die Gelegenheit, auf der Ehrentribüne die Rede des Präsidenten zu hören, die Militärparade zu sehen, und erfreuten uns an den sportlichen und

tänzerischen Darbietungen. Danach fanden Veranstaltungen und Konzerte in den zahlreichen Parks von Minsk statt. Aus dem 20. Stock unseres Hotels hatten wir einen wunderbaren Blick auf das große Abschlussfeuerwerk.

Bei der Stadtrundfahrt erhielten wir einen Eindruck von dieser modernen europäischen Metropole mit zahlreichen neuen oder nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg rekonstruierten Sehenswürdigkeiten. Die Universität, die Kongresszentren, mehr als 50 Theater, die modernen Sportstätten, Bibliotheken, aber auch Einkaufszentren und interessant gestaltete Wohnkomplexe sind uns in Erinnerung geblieben.

Viele Industriebetriebe befinden sich unweit des heutigen Stadtzentrums. Vor allem das Minsker Traktorenwerk Belarus genießt international eine große Wertschätzung. Bei einem Besuch konnten wir uns vom hohen technischen Standard überzeugen und waren beeindruckt, dass täglich 400 Traktoren das Werk verlassen.

Überall in Minsk ist aber auch die schwere Vergangenheit der Republik Belarus sichtbar, erinnern Gedenkstätten an das Leid und die Vernichtung von Menschen im Großen Vaterländischen Krieg. Von 1941 bis 1944 fanden zweieinhalb Millionen Einwohner von Belarus durch die deutsche Armee den Tod. Das war fast ein Drittel der damaligen Bevölkerung. Mehr als 200 Städte und 9.000 Dörfer wurden zerstört.

Der Besuch des ehemaligen Minsker Ghettos mit dem tragischen Schicksal zehntausender Juden, aber auch des Mahnmals in Chatyn für die Massaker in den niedergebrannten Dörfern und den Konzentrationslagern in Belarus haben uns tief bewegt. Unser Gedenken und unsere Achtung vor den Opfern haben wir mit Kranzniederlegungen zum Ausdruck gebracht.

Ein weiterer Höhepunkt war das traditionelle Treffen mit dem 1. Sekretär der KP Belarus, Genossen Karpenko, und Veteranen der Roten Armee. In reger Diskussion haben wir im Club der Kriegsveteranen Gedanken ausgetauscht, was wir heute tun können und müssen, um den Frieden in der Welt zu erhalten oder wieder herbei zu führen. Wir haben die Gewissheit mit nach Hause genommen, dass die Republik Belarus an der Seite Russlands aktiv ihren Beitrag dazu leistet.

Hans-Günter Schleife

Die GRH teilt mit

Das DDR-Kabinett Bochum wird anlässlich des 67. Jahrestages der Gründung der DDR am 08.10.2016 in Bochum eine Festveranstaltung durchführen. Zusätzlich ist vorgesehen, schon am 7. Oktober in Form eines Begegnungsabends mit Buffet, aber ohne festes Programm, gemeinsam das Glas auf den DDR-Geburtstag zu erheben. Der Vorstand der GRH ruft zur Teil-

nahme auf und wird zur Fahrt nach Bochum und zurück einen Bus organisieren. Die Hotelreservierung erfolgt in Kooperation mit dem DDR-Kabinett. Interessenten melden bitte bis zum 01.09.2016 der Geschäftsstelle der GRH (Tel.: 030 29784225, Mail: verein@grh-ev.org) verbindlich ihre Teilnahme. Die entstehenden Kosten tragen die Teilnehmer selbst.

Bei anderen gelesen

Rentenüberleitung Ost von Ministerin Nahles braucht umfassende Korrekturen

„Ministerin Andrea Nahles hat ihr Konzept zur Angleichung der Rentenwerte Ost an das Westniveau in einem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz dem Bundeskanzleramt übermittelt. Der Titel lässt einen Schlusstrich unter das Kapitel Rentenüberleitung befürchten. Doch nur eine umfassende Korrektur all der Ungerechtigkeiten würde einen solchen Gesetzesnamen rechtfertigen“, warnt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag.

„Der Titel ‚Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz‘ war seitens der SPD bereits in der vergangenen Legislaturperiode kreiert worden. Es sollte auch einen Härtefallfonds umfassen, um die größten Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung zu beheben. Jetzt steckt hinter diesem Titel allein die längst überfällige Angleichung der Rentenwerte Ost an das Westniveau bis 2020 und die Vereinheitlichung der Rechengrößen der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Schritte sind wichtig, zum Teil auch richtig, aber: Von einem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz erwartet DIE LINKE mehr. Die vielen Ungerechtigkeiten, die Krankenschwestern oder Bergleuten der Braunkohleveredlung oder in der DDR Geschiedenen oder Ballett-Tänzerinnen und -tänzern widerfahren sind, dürfen nicht abgeschrieben

werden. Sollen in der Wissenschaft oder bei der Reichsbahn Tätige, oder Kunst- und Bauschaffende, deren Versorgungsansprüche mit der Rentenüberleitung weitgehend liquidiert wurden, weiterhin mit einem Bruchteil der Versorgung ihrer westdeutschen Altersgefährten auskommen müssen? Was wird aus der Wertneutralität des Rentenrechts, die - einmalig im deutschen Sozialrecht – mit der Rentenüberleitung gebrochen wurde?

Dieses Gesetz kann und darf kein Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz sein! Dieses Gesetz scheint einen Schlusstrich bei der Rentenüberleitung ziehen zu wollen. Die soziale Einheit Deutschlands wird nur mit einem Gesetz herzustellen sein, das diesen Namen verdient. Den Geist des Einigungsvertrages umzusetzen und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, braucht mehr als das, was Frau Nahles jetzt vorgelegt hat. Die Angleichung der Rechengrößen der GRV ist ein erster Schritt, der - mit Ausnahme der Abschaffung der Umrechnung der Ostentgelte - rasch umgesetzt werden muss. Ein Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz aber muss die Lebensleistung Ost umfassend anerkennen.“

Aus einer Presseinformation
der Partei DIE LINKE

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf. ****FeWO für 2 Pers. in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Süstrand. Parken am Haus. NR. Keine Haustiere. Tel. 038303 86789, Fax #98500; mob. 015209805529; www.achsnick.de

*

Zu meinem 80. Geburtstag haben mich viele Glückwünsche erreicht, für die ich auch auf diesem Wege herzlich allen Gratulanten danke.

Prof. Dr. Horst Bischoff



WIR TRAUERN UM UNSERE VERSTORBENEN MITGLIEDER



JOHANNA BESSER, Wolmirstedt
HELENE BIRKICHT, Erfurt
HANS DEWITZ, Bln.-Hellersdorf
VOLKER EHRENBERG, Jena
ROLAND EARTH, Plauen
INGE FAHDEN, Schwerin
ILSE FISCHER, Erkner/Fürstenwalde
HANS-ERICH FLICK, Rostock
KLAUS FUNKE, Naunhof/Linhardt
HELMUT GIERTZ, Frankfurt (O)
WERNER GORGES, Aschersleben
MARIANNE HÄLBIG, Bln.-Hhns.
MANFRED HEITKÄMPER, Borna
WOLFGANG HELFRICHT, Gr. Schönebeck
DR. MANFRED HERBST, Bln.-Li'berg
RITA HORN, Bln.-Fr'hain
DR. HEINZ JESCHKE, Bln.-Fr'hain/Hhns.
HEINZ KAMJUNKE, Halle
FRANZ-ULRICH KATZMANN,
Wildp./Werder
WERNER KRETZSCHMAR, Dahlen
WILLI KUNZE, Boizenburg
URSULA LEHNHARDT, Bln.-Fr'hain
CHRISTA LUCKS, Bln.-Hhns.
FRITZ MEYER, Pdm.-Babelsberg
WILLY MÜLLER, Rügen
WERNER NAGEL, Merseburg
ANNELIESE NEHRING, Bln.-Fri'felde
DR. GERD-ERICH NEUMANN, Stralsund
IRENE PLÖTNER, Hermsdf./Stadtroda
SIEGFRIED PROTZE, Dresden
WILLI QUEECK, Leipzig
BURGHARD RENTNER, Pasewalk
ERIKA RÖHMER, Bln.-Li'berg
JOHANN ROSOTTA, Neustrelitz
HERMANN SCHLÜTER, Brandenburg
ROLAND SCHNECK, Chemnitz
HEINZ SCHOCKENBÄUMER, Bln.-Fr'hain
KARL-HEINZ SIEVERS, Güstrow/Rost.
KURT SOMMER, Königs Wusterhausen
HORST STECHBARTH,
Pdm.-Wildpark-West
EGON STICHLER, Plauen
GÜNTER TESCH, Bln.-Marzahn
JÜRGEN TRUBIG, GERMENDORF
HARALD WEIDAUER, Wandlitz
DIETER WENDT, Neuenhagen
ANGELIKA WOLFF, Stendal/Osterburg

EHRE IHREM ANDENKEN

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin

Beginn 12 Uhr am Alexanderplatz

Die Waffen nieder – Kooperation statt NATO-Konfrontation – Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung - sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik. Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberalen Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab. Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt

ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm - begleitet von verbaler Aufrüstung - an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen, keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisation der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration
am 8.10.2016 in Berlin.

Beschluss der Aktionskonferenz der
Friedensbündnisse „Kooperation für den Frieden“,
„Bundesausschuss Friedensratschlag“ und
„Berliner Friedenskoordination“

Dortmund, den 2.7. 2016

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.07.2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.08.2016

Einstellung im Internet: 09.09.2016

Auslieferung: 15.09.2016

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEBEXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15